

Das Bekenntnis zu Leistung und Werten in der Bildung
bedeutet keine Reduktion auf Effizienz

Braucht die Union keine Bundesgenossen?

Kurt Reumann

Eine Partei muss sich fragen, für wen und mit wem sie Politik macht. Das klingt wie eine Selbstverständlichkeit. Aber die Union scheint diese Faustregel vergessen zu haben. Ein Beispiel ist ihre Bildungspolitik. In den neunziger Jahren hat die CDU die Linie verloren: Die Inhalte zerfasern, und auf frühere Bundesgenossen wird – zumal in der Hochschulpolitik – keine Rücksicht genommen. Der Schröder-Flügel der SPD besetzt verbal frühere CDU-Positionen; doch das ist zum großen Teil Schaufenster-Politik. Sie reicht aber aus, es der Union zu erschweren, über inhaltliche Themen wieder ins politische Gespräch zu kommen.

In der Bildungspolitik sollte es sonnenklar sein, für wen sie gemacht wird: für diejenigen, die die Zukunft bewältigen sollen, also für die junge Generation, sowie für diejenigen, die Schüler, Lehrlinge und Studenten in Stand setzen, die Zukunft zu meistern.

Im Grunde ist das Politik für alle; denn auch die Alten wünschen sich, dass die Jungen befähigt werden, ihre Kräfte zu entfalten. Aber wer Wahlen gewinnen will, braucht Bundesgenossen: Er muss alle ganz allgemein ansprechen und die Betroffenen besonders. Das hört sich so leicht an; es ist aber schwieriger denn je.

An den Schulen sind die Schüler die Adressaten, ferner die Lehrer und die Eltern. Da wären zunächst die Schüler. Sie sollen möglichst viel lernen, aber auch zur Anerkennung von Werten erzogen werden. Viel lernen heißt: viel leisten. Davon sind Schüler nicht immer begeistert. Aber zum Glück haben Schüler bei Wahlen noch keine Stimme, wenden Zyniker ein. Sie können also diejenigen, die Leistung von ihnen verlangen, nicht einfach abwählen. Aber Vorsicht: Diese Einschätzung ist fahrlässig. Im CDU-Jubiläum 1999 hat sich gezeigt, dass die CDU bei Jungwählern besser ankam als jede andere Partei, und auch bei der ersten Landtagswahl des neuen Jahrtausends hat die CDU in Schleswig-Holstein bei Wählern unter dreißig Jahren überraschend gut abgeschnitten. Ein tonangebender, stilprägender Teil der jungen Generation will Erfolg haben im Beruf, und darauf will er gut vorbereitet werden.

Aber die Eltern. Sie wissen natürlich, dass ihre Kinder im Leben nur Erfolg haben werden, wenn sie etwas lernen und leisten. Daher entrüsten sie sich, wenn die Schule es versäumt, den Kindern und Jugendlichen genug beizubringen. Aber sie wünschen sich auch, dass ihre eigenen Kinder mög-

lichst weit kommen, ob sie nun intelligent sind oder nicht, ob sie fleißig lernen oder nachlässig sind. Leistung und Leistungsnachweise erwarten sie vor allem von den anderen; bei den eigenen Kindern sollen die Lehrer ein Auge zudrücken oder sogar beide Augen. Deshalb kann man Eltern damit kitzeln, wenn man ihnen freistellt, an welche weiterführende Schule sie ihre Kinder nach dem vierten Grundschuljahr schicken. Der Erste, der diesem Opportunismus nachgab, war ein CDU-Politiker mit Charisma: der frühere niedersächsische Kultusminister Werner Remmers. Damit begann der Ansturm aufs Gymnasium, der der Union jetzt so viel Kopfzerbrechen bereitet. Aber so viel bleibt richtig: Die meisten freuen sich über Aufrufe zu mehr Leistung, solange sie nicht von ihnen selbst verlangt wird.

Die offene Gesamtschule will dagegen niemand außer den Lehrern, die sich benachteiligt fühlen, und einigen wenigen Idealisten. Das ist eine kühne These, aber selbst Gesamtschulanhänger stimmen ihr einmal im Jahr zu: am Aschermittwoch. Warum? Grund- und Hauptschullehrer müssen mehr Pflichtstunden erteilen als Gymnasiallehrer und beziehen ein niedrigeres Gehalt. Außerdem glauben sie, weniger Ansehen zu genießen. Daher überzeugt die meisten von ihnen alles, was sie Gymnasiallehrern gleichstellen könnte. Auf direktem Weg wäre das politisch nicht durchzusetzen, zumal nicht gegen die Finanzminister. Also muss man es indirekt versuchen. Wenn alle Schüler unter einem Dach unterrichtet würden, bliebe den Lehrern gar nichts anderes übrig, als sich ebenfalls unter diesem Dach zu versammeln. Dann wäre es plausibler, dass man ihnen allen die gleiche Pflichtstundenzahl zumutete und allen gleich viel bezahlte.

Das hieße: weniger Stunden und mehr Geld für Grund- und Hauptschullehrer, aber vielleicht auch mehr (noch mehr) Stunden für Gymnasiallehrer und weniger Geld. So „brutalst offen“ wagt das natürlich niemand zu sagen. Begierden werden daher unter dem Mantel von Ideologien versteckt. In diesem Fall eignet sich das Schlagwort von der Chancengleichheit am besten: Danach wird soziale Gerechtigkeit nur garantiert, wenn alle Schüler an eine Schule gehen, und wenn die Schüler das tun, müssen es die Lehrer ja auch. Die Debatte um Gesamtschulen wäre vermutlich beendet, wenn man Hauptschullehrern ein ebenso hohes Gehalt zahlen würde wie Gymnasiallehrern. Um seine Interessen durchzusetzen, muss man sich in Verbänden organisieren. Anhänger der Gesamtschule treten der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) bei, Anhänger des gegliederten Schulwesens den Mitgliederverbänden des Deutschen Lehrerverbandes (DL). Stärkste Formation im Lehrerverband ist der Philologenverband, die Organisation der Gymnasiallehrer. Aber auch der Verband der Realschullehrer ist im DL zu beachten. Grund- und Hauptschullehrer sind dagegen oft im Verband Bildung und Erziehung organisiert, dem VBE; er steht der GEW, um es vorsichtig zu sagen, näher als dem DL. Die GEW sucht und findet Unterstützung zumal bei der SPD, aber auch bei den Grünen und der PDS. Sie will eine „richtige“ Gewerkschaft sein und fühlt sich erst erwachsen, wenn sie wie andere Gewerkschaften das Streikrecht besitzt. Weil nur Angestellte streiken dürfen, tritt die GEW dafür ein, dass Lehrer (und Professoren) im Angestelltenverhältnis beschäftigt werden. (Selbstverständlich werden auch hier andere Argumente vorgeschoben.) Dagegen legen der Lehrerverband und seine Mitglieder Wert darauf, im

Braucht die Union keine Bundesgenossen?

Beamtenbund aufgehoben zu sein. Darauf nimmt die Union Rücksicht. Wer wessen Bündnispartner ist, war in der alten Bundesrepublik also klar, und in Bayern ist es das immer noch.

Augenfällig wurde das beim Volksbegehren für eine angeblich „bessere Schulreform“. Anders als die übrigen Bundesländer mit gegliedertem Schulwesen hatte Bayern Hauptschul- und Realschul aspiranten nach der Grundschule in den Jahrgangsstufen fünf und sechs beisammengelassen. Realschulen begannen daher erst mit der siebten Klasse. Auf Initiative der neuen bayerischen Kultusministerin Monika Hohlmeier (CSU) wird das geändert: Realschulen sollen schon mit der fünften Klasse beginnen. Dagegen lief der bayerische Lehrer- und Lehrerinnen-Verband (BLLV) Sturm. Er ist die bayerische Version des Verbandes Bildung und Erziehung. Es gibt keinen Verband, der nicht wüsste, dass er am stärksten ist, wenn er viele Mitglieder zählt. Schon deshalb musste der BLLV gegen Monika Hohlmeiers Reform sein; sie würde ja womöglich bewirken, dass der Verband der Realschullehrer auf Kosten des BLLV erstarkt. Warum sollte sich der BLLV bei drohendem Mitgliederverlust anders verhalten als der Philologenverband, der schon deshalb für dreizehn und gegen zwölf Jahre bis zum Abitur ist, weil es bei einem Gymnasialjahrgang mehr auch mehr Gymnasiallehrer geben dürfte? Außerdem bedeutet Frau Hohlmeiers Reform mehr Differenzierung, und deshalb muss natürlich die GEW dagegen sein. Entsprechend unterstützen SPD und Grüne den Vorstoß des BLLV für ein Volksbegehren. Dagegen formierten sich Real- und Gymnasiallehrer hinter der Ministerin, und weil die Strauß-Tochter sich auf die CSU verlassen kann, sammelte sie die stärkeren Bataillone um sich: Das Volksbegehren scheiterte so-

eben kläglich an der Zehn-Prozent-Hürde. Nur 5,7 Prozent sprachen sich gegen eine stärkere Gliederung des Schulwesens von Jahrgangsstufe fünf an aus. Gleichzeitig gab die SPD in Mecklenburg-Vorpommern ihrem Koalitionspartner PDS nach, die Jahrgangsstufen fünf und sechs an die Grundschulen heranzuziehen und mit der Differenzierung nach Schularten erst von Klasse sieben an zu beginnen.

Vielfalt statt Einfalt

Aus bayerischer Sicht mögen CSU und der Deutsche Lehrerverband im Beamtenbund geborene Verbündete sein. Aber so ist es ja nun auch wieder nicht, dass allein nackte Interessen dieses Zusammenwirken bestimmten. Ohne geistige Bande hält auch hier nichts zusammen. Die Konservativen haben ebenso wie die Linken eine Ideologie, die Eigennutz und allgemeine Wohlfahrt miteinander zu versöhnen sucht. Legen die Linken den Akzent auf Gleichheit, huldigen die Konservativen aber stärker der Freiheit. Daraus leiten die Linken für die Schule Chancengleichheit bei möglichst einheitlichen Lehrplänen für alle ab. Die Konservativen setzen die Differenzierung nach Leistung und Neigung dagegen. Ihr Schlagwort dafür lautet: Vielfalt statt Einfalt. Im Extrem ergäben sich daraus: Fürsorge und Betreuung hier – Wettbewerb da; Spaß hier – Anstrengung da.

Aber wo herrschen schon Extreme? Die Konservativen haben nie den puren Wettbewerb ohne Rücksicht auf andere gepredigt; sie haben sich nie für die ausschließliche Förderung von Eliten und das „Aussortieren“ der Schwächeren eingesetzt, wie die Linken zu behaupten nicht müde werden. Aber sie hielten an der Überzeugung fest, dass unterschiedlich Begabte am besten ge-

trennt – in nach Inhalten und Anforderungen gestaffelten Schularten – gefördert werden könnten. Der Einheitsschule unterstellte sie, dass sie die guten Schüler unterfordere, die leistungsschwachen überfordere. Die Linken hielten dagegen, die Gesamtschule könne die ihr Anvertrauten sogar individueller je nach Neigung und Talent fördern – und zwar durch „Binnendifferenzierung“, die die äußere Differenzierung nach Schulformen nicht nur ersetze, sondern auch in den Schatten stelle. Erst recht erweise sich die Überlegenheit der Gesamtschule bei der Entwicklung des Sozialverhaltens aller Schüler.

Gesunkenes Niveau

In der Praxis halten die Gesamtschulen indes nicht, was sie versprechen. Das liegt nur zum Teil daran, dass Eltern leistungsstarker Kinder, wenn sie die Wahl haben, ihre Zöglinge lieber ans Gymnasium schicken als an die Gesamtschule: Den Gesamtschulen fehlt daher eine ausreichende Zahl begabter Schüler, um einen Leistungsvergleich auszuhalten. Außerdem will es mit der Binnendifferenzierung nicht so recht klappen. Daran hapert es selbst dann, wenn Gesamtschulen mehr Lehrer einstellen dürfen als die Schulen des gegliederten Systems. Die Kritik der Konservativen, das durchschnittliche Leistungsniveau sinke, wenn man die Starken unter- und die Schwachen überfordere, erweist sich als berechtigt. Das alles wäre aber noch zu ertragen, wenn Gesamtschulen ihre Schüler wirklich zu engagierterem Sozialverhalten begeistern würden: mehr Einsatz und Hilfsbereitschaft, mehr Fairness, weniger Gewalt. Aber auch das bleibt eine Illusion. Die offenbar gewordenen Defizite der Gesamtschulen wirken umso ärgerlicher, seitdem ruchbar gewor-

den ist, dass sie bei nationalen und internationalen Vergleichsstudien schlecht abschneiden: Sie senken das ohnehin nicht mehr überzeugende „deutsche“ Durchschnittsniveau.

Man sollte also glauben, dass auch diejenigen, deren Favorit die Gesamtschule ist – nämlich SPD, Grüne und PDS –, an Vertrauen in ihre Schulpolitik verlören und dass diejenigen obenauf wären, die das gegliederte System verteidigt haben: nämlich CDU und CSU sowie spätestens seit Gerhard auch wieder die FDP.

Doch so ist es nicht. Das hat zwei Gründe. Der erste liegt am Paradigmenwechsel, den Bundeskanzler Schröder und der von ihm vertretene effizienzbewusste und publikumswirksame Flügel in der SPD forcieren: Ohne Leistung kein Erfolg; Schröder geht sogar so weit zu sagen: Schluss mit der Kuschelschule – ein Wort, vor dem der frühere Bundespräsident Herzog inzwischen zurückschreckt. Nichts gegen Kuschel-ecken, aber alles gegen die Tendenz, aus der ganzen Schule eine Kuschelecke zu machen, hätte er besser sagen sollen. Mit der Kuschelschule verband sich die Vorstellung von der Spaßschule. Nichts gegen Spaß, hätte man darauf antworten sollen, aber alles gegen die Mode, den Schülern den Spaß an der Leistung auszutreiben.

Diffamierung der Leistung

Als ob Freude und Leistung Gegensätze wären! Aber wer mehr leisten wollte als andere, wurde von sozialistischen Pädagogen schon als asozial diffamiert. Wettbewerb galt mithin als kapitalistisch und inhuman. Man lese dazu das Buch des Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus: *Spaßpädagogik, Sackgassen deutscher Schulpolitik*. Die Leistungsdiffa-

Braucht die Union keine Bundesgenossen?

mierung erreichte ihren Höhepunkt, als mit Lafontaine die Sekundärtugenden verdächtigt wurden: Mit Fleiß, Genauigkeit, Pünktlichkeit, Ausdauer und dergleichen könne man auch ein Konzentrationslager effektiv betreiben. Was viele Pädagogen zu dem Fehlschluss verleitete, in der Demokratie seien diese Tugenden nicht vonnöten. In der GEW wurden Töne laut, das gegliederte Schulwesen sortiere Leistungsschwache aus – so wie das mit den Juden in Auschwitz geschehen sei.

Schröder hält das für Unfug, und er sagt es laut. Damit spricht er die breite Mitte der Wähler an, die er zur SPD herüberziehen will. Auf diese Weise verhindern er und seine Freunde, dass Leistung mit der Union assoziiert wird, aber Toskana und Spaß ohne Anstrengung mit der SPD. Für die Schulpolitik bedeutet es, dass der Streit um die Gesamtschule oder ein gegliedertes Schulwesen in den Hintergrund tritt; an dessen Stelle wird das Bekenntnis zur Leistungsbereitschaft gesetzt – unabhängig von der Schulart. Darüber gerät die Union ins Schwimmen – und das ist der zweite Grund dafür, warum sie in der Schulpolitik nicht so glänzt, wie es ihr zukäme. So wie die SPD ihr unscharfes Profil nach rechts auflockert, franzt die Union ihr (hartes) Profil nach links auf; von reformpädagogischem Redeschwall in Bayern bis zu Verständnisbekundungen für Gesamtschulen in Nordrhein-Westfalen; damit gewinnt man links keine Stimme hinzu, aber man verärgert die eigene Klientel.

Schaufensterpolitik

Was sollte die Union stattdessen machen? Sie ist sich darüber im Klaren, dass sie nach der Enttäuschung und Verbitterung über die Spendenaffäre der CDU durch eine Po-

litik überzeugender Inhalte wieder ins Gespräch und politische Geschäft kommen muss. Aber dieser sachlichen Anstrengung sucht die Regierung Schröder damit die Wirkung zu nehmen, dass sie die fraglichen Themen besetzt. Schröder setzt sich nicht nur auf alle Stühle, er nimmt der Union sogar die überzeugenden Argumente weg. Das ist nicht nur in der Bildungspolitik so, aber nirgends wird es deutlicher. Was Schröder tut, ist zunächst einmal nur reine Schaufensterpolitik: Erstellt etwas aus, aber ob die SPD die Kunden entsprechend bedient, steht dahin. In der Schulpolitik kann er ohnehin nur das Klima beeinflussen, aber Sonne und Regen müssen die Landesregierungen schicken. Zwar reden in der Kultusministerkonferenz der Länder jetzt auch die Schul- und Hochschulminister der SPD von Leistung und Leistungsvergleichen, aber wehtun dürfen solche Vergleiche natürlich nicht. Bezeichnend dafür ist der Appell des diesjährigen Präsidenten der Kultusministerkonferenz, Lemke (SPD): Leistungsvergleiche sollten nicht in Leistungstabellen ausarten, gibt er zu wissen. Ob er als Manager des Fußballklubs Werder Bremen auch für die Abschaffung von Meisterschaftstabellen eingetreten wäre?

Die Union muss also damit fertig werden, dass sie nicht mehr grobschlächtig sagen kann: Wir sind für Leistung, für Freude an der Anstrengung, und die anderen sind für Spaß ohne Anstrengung. Viel mehr sollte sie von Fall zu Fall zeigen, dass die SPD trotz ihres Bekenntnisses zur Leistung gerade darin manches schuldig bleibt. Diese Aufdeckung bedeutete Kleinarbeit, Kärnerarbeit.

Und was ist mit der großen Linie? Deckte die sich wirklich mit der der SPD? Die Linien der Bildungspolitik scheinen sich umso enger miteinander zu verflechten, je stärker in bei-

den Parteien die Effizienztechnokraten den Ton angeben: hie Stoiber, Merz, Rüttgers, da Schröder, Clement, Simonis, um nur herausragende Beispiele zu nennen.

Die Konzentration auf Leistung, Nutzen und Erfolg hat zur Entideologisierung geführt, und die Entideologisierung lässt Werte und Inhalte verblassen. Entsprechend reagieren die Eltern. Führten sie in den siebziger und frühen achtziger Jahren noch Schulkämpfe um die Inhalte des Unterrichts, so kommt es ihnen jetzt nur darauf an, dass der Unterricht überhaupt erteilt wird: Wenn zu viele Stunden ausfallen, geben Eltern den Verantwortlichen auch als Wähler die Quittung. Die Union hat erkannt, dass sie darauf in den von ihr regierten Ländern mit der Einstellung von mehr Lehrern reagieren muss. Aber das ist vorrangig eine Aufgabe der Finanzpolitik und nicht der Bildungspolitik. Entsprechend verlangt die CDU nicht mehr wie früher in Koalitionsregierungen das Schulministerium; das überlässt sie mit dem Ärger immer öfter ihrem Koalitionspartner.

Mensch oder „Humankapital“

Woran es aber fehlt, ist eine Diskussion über das Menschenbild, von dem sich Bildungspolitik ableitet – nicht nur die Struktur, sondern vor allem auch die Inhalte.

In einer immer stärker säkularisierten Welt geniert sich die Union, an das Wort „christlich“ in ihrem Namen zu erinnern. Aber sie sollte sich offen fragen, ob nicht auch ihr Bild von Mensch und Mitmensch verblasst, wenn es diesen Bezug verliert. In einer Welt ohne Gott überlässt es der Mensch nicht einfach der Evolution, wie er sich entwickelt. Vielmehr schafft er sich selbst: Die Sozialisten sagen durch seiner Hände Arbeit, die Idealisten sagen durch Bildung. Diese Auf-

fassung müsste Bildungspolitiker, die sie teilen, in letzter Konsequenz zur Überzeugung führen, dass es Ausbildung und Bildung seien, die den Menschen besser machen: Der Mensch sei umso besser, je höher ersich bilde. Wenn aber nur der gebildete Mensch gut wäre, müsste man sich alle Mühe geben, ihn zu „begaben“, und wer gerecht sein wollte, müsste alle gleich bilden bis hinauf zum Studium: Ist das nicht die Ideologie der Gesamtschule und der Gesamthochschule? Und was hätte die Union dagegensetzen? Sie muss etwas dagegensetzen – sonst bleibt auch der Wunsch nach Herzensbildung reines Gerede. Aber immer häufiger ersetzt die Union den Begriff „Mensch“ durch das Schlagwort „Humankapital“.

Alle Kultusminister haben bei der Durchsetzung der so genannten Rechtschreibreform einen denkbar schlechten Eindruck gemacht: Es ging nicht um Geist, sondern um Macht, nicht um Recht, sondern ums Recht-Behalten. Bei einer solchen Einstellung brauchen den enttäuschten Beobachter Spendenaffären und dergleichen nicht mehr zu wundern. Das ist nicht der Geist, den man sich an Schulen und Hochschulen wünscht. Die Minister, auch und zumal die der Union, haben daher Gründe genug, dem Publikum zu beweisen, dass sie nicht von allen guten Geistern verlassen sind. Das gilt nicht nur für die Schul-, sondern auch für die Hochschulpolitik.

Wer die Aktivitäten der Bertelsmann-Stiftung, der Hochschulrektorenkonferenz, der Bundesregierung und der Kultusministerkonferenz beobachtet – in dieser Reihenfolge? –, wird sich fragen, ob es auch hier nur um Macht gehe und nicht um Geist. In schöner Gemeinsamkeit versuchen SPD und Union, die Revolution von unten („Demokratisierung“ in den sechziger und siebziger Jahren) durch eine Revolution

Braucht die Union keine Bundesgenossen?

von oben (Hierarchisierung) wettzumachen. Dabei wird so getan, als ob eine Hochschule ein Wirtschaftsunternehmen wäre und ebenso geleitet werden müsste. Es fehlte nur noch, dass jemand sagte, eine Diktatur sei effektiver als eine Demokratie. Die SPD schlägt damit ihren früheren Verbündeten vor den Kopf, „den“ Studenten, die Union ihrem früheren Verbündeten, „dem“ Professor.

Die einzige Leitidee, die die Universität hatte und immer noch hat, nämlich den Gedanken Wilhelm von Humboldts über die Einheit von Forschung und Lehre, hat ausgerechnet der „Zukunftsminister“ der Union, Rüttgers, für tot erklärt – derselbe Politiker, der jetzt so gerne Zukunftsvorsitzender der CDU werden würde. Was Humboldt betrifft, vertreten der sächsische Wissenschaftsminister Meyer (CDU) und der RCDS eine differenzierte, man darf auch sagen: eine moderne Auffassung.

Als ob sich die Union mit der Hierarchisierung der Hochschulen nicht Ärger genug eingebrockt hätte, propagiert sie auch noch – unisono mit der Bundesregierung – eine „Reform“ des Dienst- und Besoldungsrechts der Professoren. Um die Öffentlichkeit von deren Notwendigkeit zu überzeugen, erweckt der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, Landfried, den Eindruck, als ob Professoren faul seien. Zur Erinnerung: Landfried hat in einer CDU-geführten Regierung Wissenschaftsminister werden wollen. Die „leistungsbezogene“ Besoldung, mit der den angeblich geldgierigen Professoren die Faulheit ausgetrieben werden soll, ist ein reiner Witz. Wer glaubt denn schon, dass der bürokratische Aufwand und die hohen Reibungsverluste den Nutzen aufwiegen, den eine solche „Reform“ verspricht? Die Leistungszuschläge werden nicht hoch genug sein, um einen

nennenswerten Teil der Professoren zu überzeugen. Aber die Einbußen, die Professoren durch eine Herabsetzung ihres Grundgehalts und den Wegfall von Alterszuschlägen erleiden, werden sie nicht so leicht verschmerzen. Wenn dann auch noch am Beamtenstatus gekratzt wird, provoziert die Union den ganzen Beamtenschaftsbund. Will sie ohne Bundesgenossen Wahlen gewinnen? Aus der Sicht des Beobachters wäre es nur dann angemessen, das Risiko, Anhänger zu verlieren, einzugehen, wenn dabei für die Sache das Beste herausspränge. Aber dass das erreicht würde, ist zu bezweifeln.

Aus der Rede des damaligen Bundespräsidenten Herzog vom 5. November 1997 zur Bildungspolitik haben Lehrerverbände, Professorenverbände, Arbeitgeberverbände sowie der Deutsche Industrie- und Handelstag vier Thesen gefiltert, die sie zu einem Leitfaden „für eine Bildungspolitik der Vernunft“ zusammenbanden. Die Abstimmung zwischen den Beteiligten hat fast ein Jahr gedauert; niemand hat sich die Mitarbeit an diesem Katechismus der Bildungspolitik leicht gemacht. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ hat die gemeinsame Erklärung am 10. September 1998, also kurz vor der Bundestagswahl, veröffentlicht (siehe Seite 52). Ein Wahlauftritt war das nicht. Trotzdem könnte die Union daraus lernen, was von ihr erwartet wird und wer die dort skizzierte Politik unterstützt. Daher sei die Erklärung hier im Wortlaut nachgedruckt. Es ist auch der Mühe wert, sich zu merken, wer sie unterschrieben hat und wer nicht. Zum Beispiel fehlen die (wegen des Bekenntnisses zum gegliederten Schulwesen gar nicht erst angesprochenen) Gewerkschaften und die (daraus angesprochene) Hochschulrektorenkonferenz.

Aufruf der Wirtschafts-, Professoren- und Lehrerverbände Für eine Bildungspolitik der Vernunft

„In seiner Rede ‚Aufbruch in der Bildungspolitik‘ vom 5. November 1997 hat Bundespräsident Herzog wichtige Erkenntnisse ausgesprochen. Herzogs ‚Eckpunkte‘ sind Prüfsteine für zukünftige bildungspolitische Entscheidungen auf Landes- und Bundesebene. Jetzt kommt es darauf an, Irrwege endlich zu verlassen und als richtig erkannte Wege tatsächlich zu beschreiben.

Roman Herzog: ‚Menschen sind Individuen. Sie haben unterschiedliche Begabungen. Wer das leugnet, vergisst einerseits die herausragenden Talente, die unser Bildungssystem oft genug behindert, und andererseits die weniger Begabten, denen unser Bildungssystem jeglichen Abschluss verweigert.‘

Das heißt: Um der jungen Menschen und der Entfaltung ihrer Begabung willen brauchen wir ein Bildungsangebot der Vielfalt statt der integrierten Einfalt. Diesem Gebot können nur ein gegliedertes Schul- und Hochschulwesen sowie ein differenziertes Angebot in der Berufs- und Weiterbildung gerecht werden.

Roman Herzog: ‚Bildung beginnt nicht erst mit dem Abitur. Praktische und theoretische Begabungen sind gleichwertig.‘

Das heißt: Wir brauchen eine neue Akzentsetzung der Bildungspolitik zu Gunsten der beruflichen Bildung. Statt einer falsch verstandenen Akademisierung, die immer mehr junge Menschen in eine Sackgasse führt, müssen die Hauptschule, die betriebliche und die schulische Bildung im dualen System sowie die Einrichtungen der Weiterbildung gestärkt werden. Nur dadurch haben alle jungen Menschen die Möglichkeit des beruflichen Aufstiegs.

Roman Herzog: ‚Es gibt keine Bildung ohne Anstrengung. Wer die Noten aus den Schulen verbannt, schafft Kuschelecken, aber keine Bildungseinrichtungen, die auf das nächste Jahrtausend vorbereiten.‘

Das heißt: Die Schulen, die Träger der beruflichen Bildung und die Hochschulen müssen ein unverkrampftes Verhältnis zur Leistung entwickeln können. Deshalb brauchen wir Noten, schulische Abschlussprüfungen und bundesweite Leistungsvergleiche. Leistung gibt es nicht ohne Anstrengung. Ihr Motiv ist nicht ‚Freude statt Arbeit‘, sondern ‚Freude an der Arbeit‘ wegen der mit ihr erbrachten Lebensleistung. Nur so erwerben die jungen Menschen ihre Befähigung im künftigen Berufsleben und das Selbstbewusstsein, das im Wettbewerb einer zunehmend grenzüberschreitenden Arbeitswelt erforderlich ist.

Roman Herzog: ‚Es ist ein Irrglaube, ein Bildungswesen komme ohne Vermittlung von Werten aus.‘

Das heißt: Der junge Mensch muss sich als Persönlichkeit erfahren, der seine geistigen Kräfte nicht allein zur Sicherung der materiellen Existenz, sondern auch in der Verantwortung für sich und den Nächsten entwickelt und einsetzt. Nur eine auf diese Weise schon in der Ausbildung vermittelte Kultur individuellen Lebens ist Bildung. Sie schafft die notwendige Voraussetzung für Kreativität und Innovationsbereitschaft, auf die jede Gesellschaft angewiesen ist, die sich auch als Wirtschaftsstandort behaupten will. Die Reduzierung von Bildung und Ausbildung allein auf das ökonomisch Nützliche gefährdet diesen Standort; sie verletzt überdies die Würde des Menschen.

*Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Bundesvereinigung der Oberstudien-
direktoren, Deutscher Hochschulverband, Deutscher Industrie- und Handelstag, Deutscher Lehr-
erverband, Dualer Verband an Berufsakademien Baden-Württemberg e. V., Hochschullehrer-
bund e. V., Zentralverband des Deutschen Handwerks.“*